

Beginn: 19:00 Uhr
 Ende: 20:05 Uhr

Sitzung-Nr: 01/vr/013/2017
 WP.: 2014/2019

NIEDERSCHRIFT

über die am 18.05.2017

**im Sitzungssaal des Rathauses der Verbandsgemeinde, Messplatz 1, 76855 Annweiler am Trifels
 stattgefundene 13. Sitzung des Verbandsgemeinderates der Verbandsgemeinde Annweiler am
 Trifels**

Zu Beginn der Sitzung waren anwesend:

Bürgermeister

Kurt Wagenführer	
------------------	--

Beigeordneter und Ratsmitglied

Thomas Kiefer	
---------------	--

Beigeordnete

Christiane Heming-Herzog	
--------------------------	--

Ratsmitglieder

Ernst Braun	bis nach TOP 9
-------------	----------------

Edwin Gensheimer	
------------------	--

Hermann Hahn	
--------------	--

Werner Kempf	
--------------	--

Klaus Kirsch	
--------------	--

Michael Martin	
----------------	--

Thomas Munz	
-------------	--

Hans Bosch	
------------	--

Thomas Dietrich	
-----------------	--

Ursula Heck	
-------------	--

Christiane Huber	
------------------	--

Anja Mohra	
------------	--

Ernst Spieß	
-------------	--

Peter Wittmann	
----------------	--

Elizabeth Wollenweber	bis nach TOP 3
-----------------------	----------------

Thomas Wollenweber	
--------------------	--

Sonja Keßler	
--------------	--

Peter Nöthen	
--------------	--

Dr. Viktor Schulz	
-------------------	--

Matthias Dienes	
-----------------	--

Elisabeth Freudenmacher	
-------------------------	--

Dr. Dagmar Lange	
------------------	--

Werner Schreiner	
------------------	--

Jakob Kopp	
------------	--

Dieter Schwarzmann	bis nach TOP 9
--------------------	----------------

Reiner Niederberger	
---------------------	--

Ortsbürgermeister

Christian Burkhart	
--------------------	--

Reinhard Denny	
----------------	--

Gerhard Hammer	
----------------	--

Harald Jentzer	
----------------	--

Norbert Glaser	Vertretung für Ortsbürgermeister Renno
----------------	--

Ferner sind anwesend

Pröll - Miltner GmbH	Frau Meyer; zu TOP 2 bis 19:40 Uhr
----------------------	------------------------------------

Verwaltung

Frank Klos	
Sven Lehmann	
Gabi Spies	
Hans-Peter Spies	

Schriftführer

Jürgen Kölsch	
---------------	--

Ferner sind anwesend

Pressevertreter	Herr Pohlit, Rheinpfalz
Zuhörer	Ein Zuhörer

Abwesend:**Erster Beigeordneter**

Wolfgang Grötsch	entschuldigt
------------------	--------------

Ratsmitglieder

Martin Berberich	entschuldigt
Iris Grötsch	entschuldigt
Jörg Sigmund	entschuldigt
Florian Conrad	entschuldigt
Rudi Erdle	entschuldigt

Tagesordnung:**A. Öffentlicher Teil**

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Flächennutzungsplan 2. Änderung der 2. Fortschreibung
Vorlage: 01/362/IV/984/2017
- 2.1 Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Stellungnahmen anl. der vorgezogenen Behördenbeteiligung und der vorgezogenen Öffentlichkeitsbeteiligung
- 2.2 Beratung und Beschlussfassung über die Offenlage des Planentwurfes
- 3 Beratung und Beschlussfassung der Satzung über die Nutzung der Betreuenden Grundschulen
Vorlage: 01/356/III/043/2017
- 4 Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration zur Entlastung von Ländern und Kommunen (Integrationspauschale)
- 4.1 Beratung und Beschlussfassung über die Verwendung der Mittel
Vorlage: 01/357/V/264/2017
- 5 Auftragsvergaben
- 6 Anfragen
- 7 Informationen

1 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es keine Anfrage.

2 Flächennutzungsplan 2. Änderung der 2. Fortschreibung

Vorlage: 01/362/IV/984/2017

2.1 Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Stellungnahmen anl. der vorgezogenen Behördenbeteiligung und der vorgezogenen Öffentlichkeitsbeteiligung

Es ist beabsichtigt den Flächennutzungsplan in folgenden Bereichen zu ändern:

1. Eußerthal – Gelände des Landesfischereiverbandes Rheinland-Pfalz e.V.

Auf dem Gelände des Landesfischereiverbandes Rheinland-Pfalz e.V. soll keine intensive Fischzucht mehr betrieben werden. In Zusammenarbeit mit der Universität Koblenz-Landau entsteht auf dem Gelände eine Umweltforschungsstation als Außenstelle der Universität Koblenz-Landau. Aus diesem Grunde ist beabsichtigt das Gelände als ein Sondergebiet für die Wissenschaft auszuweisen.

2. Eußerthal – Umwandlung einer Sondergebietsfläche Ferienhäuser / Fremdenverkehr in eine Wohnbaufläche

Eine Teilfläche des Wochenendgebietes „Im alten Kloster“ soll in eine Wohnbaufläche umgewandelt werden, sodass hier ein kleines Wohngebiet entstehen kann.

Die Ortsgemeinde Eußerthal hat bereits der geplanten Änderung des Flächennutzungsplanes zugestimmt.

3. Ausweisung einer Bodenerosionsfläche auf dem Klingelberg in Annweiler am Tr.

Im Sommer 2016 wurde die Stadt Annweiler am Tr. nach einem Starkregenereignisses von Schlammlawinen überzogen, welchen ihren Ursprung auf dem Klingelberg nahmen.

Das Gebiet auf dem Klingelberg ist durch Bodenerosion stark gefährdet. Durch die Festsetzung im Flächennutzungsplan soll erreicht werden, dass Bodenveränderungen, welche evtl. die Bodenerosion in diesem Bereich fördern, vermieden werden.

Die vorgezogene Behördenbeteiligung, als auch die vorgezogene Öffentlichkeitsbeteiligung wurden inzwischen durchgeführt, Die eingegangenen Stellungnahmen wie der hierzu erstellte Abwägungsvorschläge liegen als Anlage bei und werden in der Sitzung nochmals vorgestellt.

Der Vorsitzende verwies auf die vorliegende Beschlussvorlage sowie die vorliegenden Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange und arbeitete anhand dieser Unterlagen die Punkte einzeln ab. Bei Teil B Nr. 1 dieser Stellungnahme, gab es Diskussionsbedarf über die einzelnen Festlegungen.

Einige Ratsmitglieder hinterfragten die verschiedenen Abwägungsvorschläge. Es wurde vorgeschlagen mit dem betroffenen Landwirt nochmals Gespräche zu führen. Ratsmitglied Thomas Wollenweber verwies auf das Hochwasserschutzkonzept der Stadt Annweiler, welches derzeit erarbeitet wird, und regte an, bis zu dieser Festlegung den Punkt zurück zustellen. Nach einer kurzen weiteren Diskussion wurde der Antrag gestellt über die drei Bereiche der Sitzungsvorlage getrennt abzustimmen.

Einstimmig beschloss man die getrennte Abstimmung. Diese brachte folgendes Ergebnis:

1. Einstimmig beschloss der Rat den Abwägungsvorschlag zu dem Gelände des Landesfischereiverbandes Rheinland-Pfalz e.V. in Eußerthal gem. Sachverhalt und Beschlussvorschlag.
2. Einstimmig beschloss der Rat den Abwägungsvorschlag zu der Umwandlung eines Sondergebietes Ferienhäuser/Fremdenverkehr in eine Wohnfläche in Eußerthal gem. Sachverhalt und Beschlussvorschlag.
3. Bei 9 Enthaltung, 1 Gegenstimme und 18 Ja – Stimmen beschloss man die Absetzung des Punktes Ausweisung einer Bodenerosionsfläche auf dem Klingelberg in Annweiler am Trifels.

2.2 Beratung und Beschlussfassung über die Offenlage des Planentwurfes

Der Verbandsgemeinderat beschließt einstimmig die beschlossenen Änderungen zur 2. Änderung der 2. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes im Bauamt auszulegen.

3 Beratung und Beschlussfassung der Satzung über die Nutzung der Betreuenden Grundschulen

Vorlage: 01/356/III/043/2017

Mit Satzung vom 10.04.2014 wurden die Nutzung der freiwilligen Schülerbetreuung (sog. Betreuende Grundschule) für die Grundschulen in Albersweiler, Annweiler, Nebenstelle Wernersberg, Gossersweiler-Stein und Ramberg (einschließlich Eußerthal) geregelt.

Insgesamt wurde der Satzungstext nunmehr überarbeitet und aktualisiert.

Da insbesondere die Essensgelder und die Elternbeiträge Schwankungen unterlegen sind, wurde zur Rechtssicherheit und -klarheit auf die Nennung konkreter Beträge verzichtet. Auch die Gruppenstruktur kann sich, je nach Anmeldezahlen, jährlich ändern. Mit der neuen Formulierung in der Änderungssatzung ist es nunmehr möglich, dass bei der Bildung der Betreuungsgruppen Änderungen vorbehalten bleiben und diese in Absprache mit dem Schulträger und der jeweiligen Schulleitung getroffen werden können, ohne dass dies eine Satzungsänderung zur Folge hat.

Für das kommende Schuljahr 2017/2018 ist eine Anhebung der Elternbeiträge vorgesehen. Danach werden für eine Stunde tägliche Betreuung statt bisher 8,50 € pro Monat dann 10,00 € pro Monat erhoben. Für zwei Stunden Betreuung pro Tag sind es 20,00 €/Monat usw.

Trotz dieser Erhöhung der Elternbeiträge und unter Berücksichtigung der Landeszuschüsse liegen die Personalkosten weitaus höher und es wird keine Kostendeckung erreicht. Entsprechend den Landesvorgaben wird ein angemessener Eigenanteil des Trägers vorausgesetzt.

Die Essensgelder werden nach wie vor, entsprechend der tatsächlich erhaltenen Essen, nach den Schulhalbjahren spitz abgerechnet.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung vom 27. April 2017 dem Verbandsgemeinderat einstimmig empfohlen, die Satzung in der vorliegenden Form zu beschließen.

Der Verbandsgemeinderat beschließt einstimmig die Satzung über die Nutzung der Betreuenden Grundschule in der vorgelegten Fassung.

4 Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration zur Entlastung von Ländern und Kommunen (Integrationspauschale)

Vor Beginn dieses Tagesordnungspunktes hat Ratsmitglied Elizabeth Wollenweber den Sitzungssaal verlassen.

4.1 Beratung und Beschlussfassung über die Verwendung der Mittel

Vorlage: 01/357/V/264/2017

Nach dem „Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen“ hat der Bund für die Jahre 2016 bis 2018 eine jährliche Integrationspauschale in Höhe von 2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Davon entfallen auf Rheinland-Pfalz 96 Mio. Euro jährlich.

Das Land Rheinland-Pfalz hat durch Landesgesetz geregelt, dass die Kommunen (Landkreise und kreisfreie Städte) noch im Haushaltsjahr 2016 einen Betrag in Höhe von 96 Mio. Euro erhalten. Die Aufteilung des vorgenannten Betrages erfolgt nach den Einwohnerzahlen zum 30.06.2016. Die Mittel der Integrationspauschale der Jahre 2017 und 2018 (ebenfalls jeweils 96 Mio. Euro) verbleiben beim Land.

Mit Bescheid vom 29.12.2016 der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion wurde dem Landkreis Südliche Weinstraße eine einmalige Zuwendung (Integrationspauschale) in Höhe von 2.617.237,60 € gewährt. Der Kreistag hat am 27.03.2017 folgende Aufteilung der Integrationspauschale beschlossen:

- a) Beim Landkreis verbleiben 50 v. H. der Integrationspauschale (= 1.308.618,80 €)
- b) Die restlichen 50 v.H. werden entsprechend den Einwohnerzahlen zum 30.06.2016 an die Verbandsgemeinden weitergeleitet
- c) Eine Aufteilung des Weiterleitungsbetrages zwischen Verbands- und Ortsgemeinden erfolgt nicht und bleibt bei Bedarf der örtlichen Ebene überlassen

Da die Hauptlast der Integration von Flüchtlingen –neben dem Landkreis- von den Verbandsgemeinden getragen wird und sich die Situation hinsichtlich der Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Ortsgemeinden sehr unterschiedlich darstellt, wurde von der Festlegung eines Aufteilungsschlüssels zwischen Verbands- und Ortsgemeinden abgesehen.

Vom Landkreis wurden folgende Beträge an die Verbandsgemeinden weitergeleitet:

-	Verbandsgemeinde Annweiler	199.333,10 €
-	Verbandsgemeinde Bad Bergzabern	283.493,88 €
-	Verbandsgemeinde Edenkoben	240.108,17 €
-	Verbandsgemeinde Herxheim	179.045,07 €
-	Verbandsgemeinde Landau-Land	162.327,64 €
-	Verbandsgemeinde Maikammer	96.406,18 €
-	Verbandsgemeinde Offenbach	<u>147.904,76 €</u>
	Summe:	1.308.618,80 €

Im Haushalt der Verbandsgemeinde sind für die Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerber jährliche Fehlbeträge in Höhe von 80.000 – 100.000 € veranschlagt. Diese resultieren insbesondere aus der Personalgestellung durch die Verbandsgemeinde. Darüber hinaus hat die Verbandsgemeinde im Jahr 2016 vordringlich für die Beförderung der Flüchtlinge rd. 23.000 € für die Beschaffung eines geeigneten Kfz aufgewendet.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung vom 27. April 2017 dem Verbandsgemeinderat einstimmig empfohlen, die Verwendung der Integrationspauschale wie vorgeschlagen zu beschließen.

Nachdem sämtliche Aufwendungen im Zusammenhang mit der Betreuung und Integration von Flüchtlingen (Personalgestellung, Sachkosten, Vorhaltung Kraftfahrzeug, Deutschkurse) von der Verbandsgemeinde getragen werden, wird vorgeschlagen, die 199.333,10 € in voller Höhe bei der Verbandsgemeinde zu belassen und dort insbesondere auch zur Stabilisierung der Verbandsgemeindeumlage einzusetzen.

Der Verbandsgemeinderat beschließt einstimmig, die Integrationspauschale in voller Höhe bei der Verbandsgemeinde zu belassen.

5 Auftragsvergaben

Hierzu gab es keinen Sachverhalt

6 Anfragen

1. Ratsmitglied Heck stellte eine Frage zum Dorfgemeinschaftshaus in Eußerthal. Diese wurde an den örtlichen Gemeinderat verwiesen.
2. Ratsmitglied Dietrich stellte eine Anfrage zu einer Mandatsvergabe an Herrn Ersten Beigeordneten Grötsch. Die Beantwortung wurde in den nichtöffentlichen Teil verschoben.
3. Auf Anfrage wurde über den Stand der Fusion mit der Verbandsgemeinde Hauenstein berichtet.

7 Informationen

- Der Vorsitzende lud alle Anwesenden zum Tag der offenen Tür für kommenden Sonntag, den 21. Mai 2017 bei der Feuerwehr Annweiler ein.
- Der Vorsitzende informierte über die Bezuschussung zum Breitbandausbau.
- Information zu den Ergebnissen der Umfragen bezüglich der Fusion mit der Verbandsgemeinde Hauenstein.
- Der Vorsitzende brachte das Antwortschreiben des Ministeriums zur Schulbuchausleihe zur Kenntnis.
- Information zur Resolution Erhalt Grundschule Annweiler Nebenstelle Wernersberg.

Worüber Niederschrift

Der Vorsitzende

Der Schriftführer